

(Beginn: 16.38 Uhr - Ende: 17.43 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sondersitzung des Rates, unsere 36. Sitzung in der laufenden Wahlperiode, und begrüße als Erstes unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, ganz besonders Herrn Greitemann, sehr herzlich.

(Beifall)

Ich begrüße alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute Ratsmitglied Stephan Boyens und ihm zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Wolter, Frau Laufenberg, Herr Tritschler und Herr Wortmann entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Kircher, Herrn Dr. Strahl und Frau Kessing.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor.

Die Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie die Ratsgruppe BUNT haben am 23. Februar 2018 fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Stärkung des ÖPNV“ eingereicht, den wir eigentlich am Beginn der Sitzung behandeln wollten.

Als Zusetzung gibt es eine Anfrage unter TOP 3.1. Die unter TOP 3.1 umgedruckte Vorlage verschiebt sich damit zu TOP 4.1.

Absetzungen haben wir keine.

Der Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 2.1 zum Thema „Großbauprojekte“ wurde bereits zur letzten Ratssitzung am 6. Februar 2018 gestellt. Da er am 5. Februar 2018 von der Antragstellerin zurückgezogen wurde, kann er gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung heute nur behandelt werden, wenn die Änderung der Sachlage begründet wird und mindestens ein Drittel der Ratsmitglieder der Wiederaufnahme vor Eintritt in die Tagesordnung zustimmt.

Ich möchte daher zunächst die SPD-Fraktion als Antragstellerin um Ausführungen zur Änderung der Sachlage bitten.

Martin Börschel (SPD): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausweislich der öffentlichen Ankündigungen aus Kreisen des Rates sollte in der letzten Ratssitzung der neue Beigeordnete für Stadtentwicklung, Planen und Bauen gewählt werden, was dann nicht erfolgt ist. Da wir gerne einen Sachzusammenhang dieses Antrags zu dieser Wahl herstellen wollen, haben wir den Antrag mangels dieser Wahl beim letzten Mal zurückgezogen und heute wieder gestellt.

Das notwendige Drittelquorum für die heutige Sitzung wäre sichergestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Danke schön.

Dann frage ich als Erstes, wer der Wiederaufnahme des Antrags zustimmt. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Wer enthält sich? - Niemand. Gegenstimmen? - Keine. Das Drittel der Stimmen ist aber ohnehin erreicht. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich komme dann zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Bitte, Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was den Ablauf der Sitzung betrifft, möchte ich vorschlagen, dass wir den Tagesordnungspunkt 0, also die Aktuelle Stunde, mit dem Tagesordnungspunkt 1.1 tauschen, also die Aktuelle Stunde etwas nach hinten schieben und die Wahl des Beigeordneten vorziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beziehe mich auf den gerade wieder in die Tagesordnung aufgenommenen Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Großprojekte“.

Eben wurde vonseiten der SPD-Fraktion ausgeführt, der Antrag müsse deshalb jetzt gestellt

werden, weil ein unmittelbarer Zusammenhang zur Wahl eines Beigeordneten für Stadtplanung bestehe.

Die Regularien sehen eine Aussprache bei einer Wahl nicht vor. In diesem Fall kommt auch noch der Punkt dazu, dass derjenige, der hier offensichtlich angesprochen werden soll, gar nicht dazu reden kann.

Da die SPD-Fraktion aber sicherlich den Dialog wünscht, möchten wir dem insoweit entgegenkommen, als dass wir beantragen, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen, und zwar in die Sitzung des Bauausschusses, in der dann auch der Herr Beigeordnete als gewählter und bestellter Beigeordneter Rede und Antwort stehen kann. Wir stellen also den Antrag auf Verweis in den Bauausschuss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Möchte sich der Antragsteller dazu äußern?

(Inge Halberstadt-Kausch [SPD] begibt
sich zum Rednerpult)

Ich sage einmal rein vorsorglich: Die Redezeit nach § 17 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung beträgt drei Minuten.

(Martin Börschel [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, darf ich etwas zur Geschäftsordnung sagen?)

- Ja, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir uns hier in einer Debatte nach § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung befinden. Herr Kollege Frank hat beantragt, einen Tagesordnungspunkt zu vertragen, und - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In
den Bauausschuss zu verweisen!)

- Ja. Das ist in diesem Fall § 12 Abs. 1 Buchstabe c. Die Redezeit beträgt nach § 12 Abs. 2 Satz 3 fünf Minuten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir hatten eigentlich vereinbart, dass wir über sitzungsführende Maßnahmen hier nicht diskutieren wollen. Das ist Ihnen, glaube ich, auch bekannt.

Deswegen habe ich auch darauf hingewiesen, damit die Vertreterin der Antragstellerin das weiß. Die Redezeit beträgt drei Minuten.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dann werde ich ein bisschen schneller reden müssen.

Nachdem bekannt wurde, dass in der heutigen Sondersitzung der neue Baudezernent gewählt wird, haben wir bewusst den Antrag für diese Sitzung hier gestellt. Denn neben der Verkehrsdezernentin, Frau Blome, ist vor allem der neue Baudezernent der Adressat dieses Antrags. Er wird es sein, der die immensen Probleme im Baubereich in den Griff kriegen muss.

Diese Probleme sind für die Stadt, aber auch für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Stadtverwaltung doch so existenziell, dass sie nicht damit gelöst werden, dass man einfach Teile unseres Antrags ein bisschen umformuliert und zunächst einmal in einem Antrag für den Rechnungsprüfungsausschuss versteckt, also versucht, damit das Problem zuerst einmal als erledigt zu betrachten, und es jetzt in den Bauausschuss verweist, der aber auch nur einen kleinen Teil dieses Gremiums abbildet. Es geht an dieser Stelle nun einmal um Großbauprojekte, und Großbauprojekte werden nicht nur im Bauausschuss behandelt, sondern betreffen auch den Kulturausschuss und den Verkehrsausschuss; sie betreffen alle hier. Insofern sind wir der Ansicht, dass dieser Antrag in den Rat gehört.

Der neue Baudezernent - er kann zwar jetzt nicht dazu reden, ist aber anwesend - sollte sehr genau wissen, was wir als Politik von ihm erwarten.

Die erheblichen Zeitverzögerungen und die Kostenexplosionen bei allen Großbauprojekten sind doch nicht hinnehmbar. Wir verstehen unter Großbauprojekten eben nicht nur die Kulturbauten und die Brücken- und Tunnelanierungen. Auch die Mehrzahl der Schulbauten sind Großbauprojekte. Gerade da haben die Verzögerungen doch massive Auswirkungen.

Wenn wir heute schon wissen, dass wir in den kommenden Jahren eine große Anzahl an neuen Schulen dringend brauchen - die Rede ist von 40 Schulen; gerade mussten wieder fast 1 000 Viertklässler abgewiesen werden, die eine Gesamtschule besuchen wollten -, und gleichzeitig die Bauverwaltung schon beschlossene Vorhaben nicht einmal annähernd fristgerecht umset-

zen kann, dann muss das Problem doch alle hier im Raum umtreiben und nicht nur einen Teil des Rates.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen wir das hier in der Runde aller Ratsmitglieder diskutieren und nicht im kleinen Kreis des Rechnungsprüfungsausschusses oder auch des Bauausschusses.

Wir haben uns intensiv mit der Frage befasst, wie man Bauvorhaben in Zukunft auf die Schiene setzen kann, damit der Kostenrahmen und auch der Zeitrahmen möglichst weitgehend eingehalten werden.

Auf dieser Grundlage haben wir diesen Antrag formuliert, den wir mit Ihnen hier im Rat diskutieren wollen. Wenn Sie sich dem verweigern wollen, dann spricht das für sich.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ihr sollt doch eigentlich zur Geschäftsordnung sprechen!)

- Ich habe damit erklären wollen, wieso wir der Ansicht sind, dass man diesen Antrag nicht einfach in ein kleines Gremium verweisen kann, weil es ein wichtiger Antrag ist, der hier - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Der Bauausschuss ist ein wichtiger Ausschuss!)

- Ja. Der Antrag muss aber hier im Rat diskutiert werden.

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Halberstadt-Kausch hat noch das Wort.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Ich kann den Antrag jetzt nicht begründen. Wir werden ihn dann im Bauausschuss wieder stellen müssen.

Ich möchte einfach einmal darauf hinweisen, dass Sie alle wissen, dass die Probleme im Baubereich so gravierend sind - -

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja, das haben wir von Ihnen geerbt!)

- Herr Petelkau, jetzt kommen Sie nicht wieder mit dieser Nummer. Sie erzählen uns sicher gleich wieder, seit 30 Jahren habe die SPD regiert.

(Zurufe von der FDP: Zu Recht!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie vergessen dabei die neun Jahre Fritz Schramma. Meines Wissens war Herr Schramma kein SPD-Mitglied,

(Niklas Kienitz [CDU]: Aber Herr Kahlen als Organisationsdezernent, der die Gebäudewirtschaft total an die Wand gefahren hat!)

sondern gehörte der CDU an.

Liebe Kollegen, Sie nennen sich Gestaltungsbündnis. Dann gestalten Sie doch vielleicht einmal diese Stadt und nicht nur die Karriere Ihrer Parteifreunde.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren?

(Zuruf von der SPD: Ich hoffe, Sie haben zugehört!)

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Jetzt stimmen wir über den Verweisungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer ist dafür? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln und die Ratsgruppe GUT. Wer Enthält sich? - Es Enthält sich die AfD. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, DIE LINKE und die Ratsgruppe GUT stimmen dagegen. Damit ist der Verweisungsantrag angenommen.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist dagegen, die Tagesordnung mit der Änderung zu beschließen? - Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so festgelegt.

Wie vereinbart, beginnen wir mit Herrn Greitemann. Ich rufe auf.

1 Allgemeine Vorlagen

1.1 Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten Dezernat VI - Stadtentwicklung, Planen und Bauen 0437/2018

Meine Damen und Herren, wir haben aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezer-

nat VI beauftragt wurde, Herrn Markus Greitemann für die Beigeordnetenstelle vorgeschlagen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ich sehe keine.

Dann kommen wir zur Abstimmung, die ich offen vornehme, weil ich von Ihnen keine andere Nachricht erhalten habe. Ich bitte diejenigen, die für Herrn Greitemann stimmen, um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln und die AfD. Wer enthält sich? - Es enthalten sich die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT. Dann ist das so beschlossen.

(Lebhafter Beifall)

Ich stelle fest, dass Herr Markus Greitemann vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat VI gewählt wurde, und bitte Sie, Herr Greitemann, zu mir, damit ich Sie fragen kann, ob Sie die Wahl auch annehmen.

(Markus Greitemann betritt den Ratssaal und erhält von der Oberbürgermeisterin einen Blumenstrauß - Beifall)

Herr Greitemann hat erklärt, dass er die Wahl annimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall - Es werden Fotos gemacht - Markus Greitemann nimmt Blumen und Glückwünsche entgegen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich setze die Ratssitzung fort und rufe auf:

0 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe BUNT betreffend „Stärkung des ÖPNV - Wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung in Köln - Jetzt handeln und endlich Maßnahmen umsetzen!“

**Aktuelle Stunde gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
AN/0277/2018**

Herr Pöttgen hat das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Debatte um den Luftreinhalteplan bei der letzten Ratssitzung richtig verstanden habe, sind wir uns hier ja alle einig: Für die Ge-

sundheit der Kölner Bürgerinnen und Bürger braucht es auf der einen Seite kurzfristige Sofortmaßnahmen, die auch eine Wirksamkeit entfalten. Auf der anderen Seite müssen wir jetzt die Voraussetzungen schaffen, um mittel- und langfristig auch tatsächlich die Ziele einhalten zu können.

Um eine nachhaltige Mobilität in dieser Stadt gewährleisten zu können und zu organisieren, müssen wir tatsächlich attraktive Angebote im ÖPNV bereitstellen - neben den ganzen Maßnahmen, die wir auch in der Fahrradpolitik machen müssen.

In dieser Aktuellen Stunde möchten wir uns aber darauf konzentrieren, darüber zu sprechen, was eigentlich gerade passiert.

In Erwartung eines Urteils, das morgen vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gesprochen wird, ist ein neuer Vorschlag entstanden. Über Karneval hat er uns alle überrascht. Herr Attenberger hat mich beim Ehrenfelder Dienstagszug angerufen und gefragt: Herr Pöttgen, was sagen Sie denn zum Vorschlag der Bundesregierung eines kostenlosen ÖPNV?

Das zeigt doch, wie viel Bewegung in einem Thema ist, in dem jahrzehntelanger Stillstand herrschte und viel zu wenige Investitionen stattgefunden haben.

Dass jetzt etwas geschieht, ist gut. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass wir dieses Momentum für uns nutzen müssen.

Wir müssen aber auch klar aufzeigen: Die KVB ist voll. - Herr Fenske hat uns das bei unserer letzten Sitzung noch einmal eindrucksvoll dargestellt.

Bevor die Bundesregierung das Geld für kostenlosen ÖPNV verplempert, müssen wir die Infrastruktur und die Angebote so verbessern, dass die Menschen hier auch tatsächlich einsteigen können.

Deswegen möchten wir heute im Rahmen dieser Aktuellen Stunde gerne beschließen lassen, verschiedene Dinge voranzubringen, die wir als Rat der Stadt Köln auch selber verantworten und nach vorne bringen können.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Es wäre gut, wenn sich die Stadt in Kooperation mit der KVB, dem VRS und dem NVR beim Bund dafür starkmacht, dass er sich stärker finanziell

in den beschleunigten Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur einbringt.

Ich bin der Stadtverwaltung dankbar dafür, dass sie heute in einer Pressemitteilung noch einmal dargestellt hat, welche Bemühungen in den letzten Jahren schon stattgefunden haben. Es ist doch nicht so, als ob gar nichts passiert wäre. Der ÖPNV-Bedarfsplan ist ja ein gemeinsames Ergebnis dieses Stadtrats. Allerdings reden wir, wenn ich das in den ersten Gesprächen bisher richtig verstanden habe, hier über Zeithorizonte, bei denen die Wirksamkeit viel zu weit in der Zukunft liegt. Wir müssen da schneller arbeiten.

Wir müssen als Stadt auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen, um die Planungsleistungen hinzubekommen. Nachdem jahrzehntelang zu wenig passiert ist und wir jetzt sprunghaft aufbauen, brauchen wir wieder mehr eigenes Personal bei der Stadtverwaltung und der KVB. Damit können wir auch ein politisches Zeichen geben und deutlich machen: Wir haben großes Interesse daran. Wir meinen das nicht nur in Sonntagsreden und in durchaus kontroversen Debatten im Rat; wir meinen das ernst und wollen es auch tatsächlich nach vorne bringen.

Wir müssen aber auch darauf achten, dass bisher unterversorgte Stadtteile angebunden werden. Wir können die Bürgerinnen und Bürger nicht auffordern, bitte ihr Auto abzuschaffen und in den ÖPNV umzusteigen, wenn wir kein anständiges Angebot machen.

Außerdem möchten wir die Stadtverwaltung beauftragen, ein Konzept für Expressbuslinien an den Hotspots der Luftverschmutzung zu erstellen - auf der Aachener Straße und auf der Luxemburger Straße sowie eine Expressbuslinie von Porz über Kalk und Mülheim bis nach Leverkusen, die nur an den wichtigen Umsteigebeziehungen hält. Solche Busse können wir in zwei Jahren tatsächlich auf der Straße rollen haben. Wir müssen auch darüber reden, wie diese Maßnahmen schnell umsetzbar sind, sodass die Leute umsteigen.

Im Nachgang zur letzten Sitzung ist uns von den Grünen per Pressemitteilung vorgeworfen worden, wir verweigerten uns Sofortmaßnahmen. Deshalb wiederholen wir unsere Vorschläge noch einmal. Es gibt nämlich Dinge, die wir machen können, ohne erst einen Luftreinhalteplan fortzuschreiben: Wir können an der Stadtgrenze - das haben Sie letztes Mal verlacht - Pfortnerampeln einrichten. Wir können Verstärkerbahnen auf den Linien 3 und 4 einsetzen. Wir

können Busvorrangspuren beispielsweise auf dem Clevischen Ring einrichten.

Wir strecken heute im Rahmen dieser Aktuellen Stunde noch einmal die Hand in Ihre Richtung und sagen: Nutzen Sie das. Lassen Sie uns da gemeinsam vorangehen.

Ich freue mich auf die Debatte. - Vielen Dank. Es hat sogar in der vorgesehenen Redezeit geklappt.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung - so ist es am Wochenende durchgedrungen - will die Straßenverkehrsordnung ändern. Damit sollen die Kommunen eine rechtliche Grundlage für die Durchführung von Fahrverboten bekommen.

Die von weiten Teilen des Kölner Rates geforderte Blaue Plakette spielt auf Bundesebene wohl keine Rolle mehr. Das ist schade. Damit wird eine Chance vertan.

(Beifall bei der LINKEN)

Unabhängig von den neuen Gesetzen und Gerichtsurteilen brauchen wir eine Verkehrswende - weg vom Auto, hin zum ÖPNV. Das erfordert hohe Investitionen über Jahrzehnte.

Mit einem kleinen Beispiel aus der Region möchte ich verdeutlichen, warum wir den ÖPNV in Köln und in der Region attraktiver machen müssen: Eine vierköpfige Familie aus Leverkusen-Quettingen will am Samstag zu den KölnArcaden nach Kalk fahren.

Das TagesTicket der Preisstufe 2b ist die günstigste Variante für diesen Ausflug und kostet für die Familie 16,50 Euro. Laut Fahrplan braucht man für die 23 Kilometer 51 Minuten mit Bus und Bahn.

Die Familie hat aber, wie so viele, ein Auto vor der Tür stehen. Die Autofahrt dauert 23 Minuten, also etwa die Hälfte weniger. Ähnlich verhält es sich bei den Kosten. Für die knapp 50 Kilometer hin und zurück werden 4 Liter Diesel verbraucht. Das entspricht bei einem Dieselpreis von 1,20 Euro pro Liter 4,80 Euro. Das Parken im Parkhaus der KölnArcaden kostet für den ganzen Tag

2,50 Euro. Der Autoausflug kostet also 7,30 Euro.

Demgegenüber betragen die Kosten für die Bahnfahrt, wie gesagt, fast 17 Euro, meine Damen und Herren. Da muss es uns nicht wundern, dass viele Leute das Auto nehmen und eben nicht mit der Bahn nach Köln kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen den ÖPNV in Köln und in der Region attraktiver machen. Der ÖPNV muss preiswerter, schneller und zuverlässiger werden. Dann steigen die Leute vom Auto in die Bahn um.

Lassen Sie uns bitte den Vorschlag der Bundesregierung, einen kostenlosen ÖPNV einzuführen, nicht zerreden.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit Bonn soll eine Stadt im VRS-Gebiet den kostenlosen ÖPNV bekommen. Wir müssen als Stadt Köln, als KVB, als Verkehrsverbund Rhein-Sieg und als Nahverkehr Rheinland bei diesem Projekt dringend mitmachen.

Der Bund muss nicht nur bei der Infrastruktur zahlen. Er muss auch beim Betrieb des ÖPNV mit in die Finanzierung gehen, wenn er es mit dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ernst meint.

(Beifall bei der LINKEN)

Zwischen 11 und 12 Milliarden Euro - so hat es Herr Fenske gesagt, und das glauben wir ihm jetzt einmal - würde der Betrieb des kostenlosen ÖPNV bundesweit kosten, wenn keine Tickets mehr verkauft werden würden.

Wir sollten als Verkehrsverbund Rhein-Sieg, als Stadt Köln und als KVB probieren, in eine realistische Diskussion zu kommen. 500 Millionen Euro gingen flöten, wenn der ÖPNV im VRS kostenlos gemacht würde. Wenn wir 250 Millionen Euro von diesen 500 Millionen Euro vom Bund als Zuschuss bekämen, könnten wir die Fahrpreise im VRS um 50 Prozent senken. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich ein Schritt in Richtung Verkehrswende und in Richtung umlagefinanzierter ÖPNV.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir dann die Situation haben, dass aufgrund der gestiegenen Attraktivität und der gesunkenen Preise viele vom Auto in die Bahn umsteigen, brauchen wir

natürlich größere Kapazitäten. Das wissen wir. Dies müssen wir angehen.

Deswegen müssen wir als Stadt und wir als Verkehrsverbände vom Bund ein Konjunkturprogramm zur Verkehrswende einfordern. Wir brauchen dringend Geld vom Bund, um die Infrastruktur für unseren ÖPNV auf Vordermann zu bringen. Wir brauchen mehr Geld für den Stadtbahnbau.

Für die Zwischenzeit brauchen wir aber insbesondere auch Geld für Busse, und zwar Elektrobusse und saubere Dieselmotobusse.

Meine Damen und Herren, mit dem, was Herr Höhn von der KVB letzte Woche im *Kölner Stadt-Anzeiger* erklärt hat, hat er völlig recht: Dort, wo wir nicht in den nächsten Jahren einen ÖPNV-Anschluss hinbekommen, müssen zunächst einmal Busse auf der künftigen Stadtbahntrasse fahren. Nur das kann die richtige Richtung sein. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Nachfrage von Herrn Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, ich habe noch eine Nachfrage. Was die von Ihnen angeführten Kosten eines privaten Pkws angeht, stimmen Sie mir doch sicher zu, dass das reine Berechnen des Kraftstoffes grober ökonomischer Unfug ist, den Sie hier eben verbreitet haben. Richtig?

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich habe mich schon gewundert, dass dieser Einwurf nicht gekommen ist. Da hatte ich eigentlich schon Platz für eine Replik gelassen. Das ist doch völlig klar. Sie haben natürlich recht. - Jetzt hört er nicht zu. Das ist schade. Sonst könnte ich es noch einmal ein bisschen ausführen. - Ich bedanke mich herzlich für diese Frage, weil diese Frage erstens einen Wahrheitsgehalt hat und zweitens auch das Problem aufzeigt.

Wir wissen alle, meine Damen und Herren, dass es entgegen unserem Wunschdenken immer mehr Autos gibt - und nicht weniger. Wenn der Mensch am Samstag vor die Tür tritt, rechnet er nicht mit 50 Cent pro Kilometer. Er rechnet also

nicht die Anschaffungskosten, den Ölwechsel, die Versicherung und die Steuer mit ein. Das tut er nicht, sondern er denkt: Ich habe das Auto schon gekauft; der Ölwechsel ist gemacht; Versicherung und Steuer sind bezahlt; das Auto steht da, also nehme ich es.

Das ist zwar - da gebe ich Ihnen recht - eigentlich keine richtige Rechnung. Es wird aber nun einmal so gemacht. Und wir müssen auf die Realität reagieren, nicht auf Modellrechnungen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Stream! Es kann eigentlich gar keinen besseren Zeitpunkt für eine solche Aktuelle Stunde geben. Denn heute berät die Bundesregierung in Bonn mit den Bürgermeistern der Modellstädte zur Luftreinhaltung unter anderem über den Vorstoß für einen fahrscheinlosen ÖPNV in einigen Städten.

Natürlich ist noch nicht klar, was das Ergebnis dieser Beratungen sein wird. Aber wir sind seit Jahren Verfechter des solidarischen fahrscheinlosen ÖPNV und bekräftigen dies auch hier durch zahlreiche Anfragen und Anträge.

So wird am nächsten Montag der Verkehrsausschuss über unseren Antrag beraten. Wenn in Bonn der fahrscheinlose ÖPNV getestet wird, wollen wir nämlich auch, dass beide die beiden Städte verbindenden Linien 16 und 18 dabei mitmachen. So wird es am 3. Juni dieses Jahres durch unseren Antrag einen fahrscheinlosen Tag in Köln geben, an dem alle, nicht nur Kölnerinnen und Kölner, umsonst fahren können.

Aber ein Hinweis zum Wort „umsonst“: ÖPNV ist niemals umsonst. Er wird entweder, wie bis jetzt, in hohem Maße von Steuergeldern und durch die Preise für die Tickets individuell bezahlt oder, wie wir uns das wünschen, solidarisch mit Mischmodellen wie dem SemesterTicket finanziert. Letzteres bedeutet: Alle beteiligen sich, und alle profitieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher ist der Begriff „fahrscheinlos“ oder „fahrscheinfrei“ ehrlicher und jenseits von Missver-

ständnissen, die sehr gerne von allen möglichen aufgegriffen werden.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen, Fakt ist leider auch: Die Kölner Infrastruktur könnte die vielen neuen Fahrgäste, die ein fahrscheinloser ÖPNV nach sich ziehen würde, momentan noch gar nicht bewältigen.

Für uns ist das ein Grund, jetzt endlich nachzubessern, in die Zukunft zu investieren und vor allem deutlich umzusteuern, damit wir in Zukunft nicht nur einen Tag, sondern bald auch jede Woche und irgendwann alle Tage des Jahres fahrscheinfrei sind. Ich habe absolut keinen Zweifel daran, dass irgendwann in der Zukunft der fahrscheinlose ÖPNV für alle Realität sein wird.

Ja, der konsequente Ausbau des Rad-, Fuß- und öffentlichen Nahverkehrs ist Pflicht, aber auch manchmal einfach nur so leicht dahergesagt. Er setzt mittel- und langfristige Planungen voraus.

Wir stehen aber heute vor den notwendigen Entscheidungen, weil wir die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger nicht erst ab 2025 oder 2030 nachhaltig schützen müssen. Morgen entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig über Diesel-Fahrverbote für die dringenden Verbesserungen unserer Luft. Morgen sind wir alle etwas schlauer. Ich denke, dass wir dann an harten Maßnahmen sowieso nicht vorbeikommen.

Gestern hat uns im *Presseclub* der ARD der Schweizer Journalist und Chefredakteur der *WirtschaftsWoche* Beat Balzli aus der Sicht eines Ausländers vorgeworfen, wir führten diese Diskussion zurzeit wie in der Adenauer-Ära. Damit hat er recht.

Er hat recht; denn die Luftreinhaltung steht in allen Ländern und Städten Europas auf der Tagesordnung und wird dort fortschrittlicher und innovativer diskutiert und auch angegangen.

Er hat recht, wenn er aus Sicht vieler Europäer die Blaue Plakette als ungerechtes, wirtschaftsfeindliches, aber auch umweltpolitisch nur wenig wirksames Instrument aufzeigt.

Er hat recht, wenn er darauf hinweist, dass in Ländern wie der Schweiz, Italien, Belgien, Großbritannien, Frankreich und vielen anderen konsequent über Mautsysteme nachgedacht wird und diese auch umgesetzt werden.

Er - übrigens auch das uns vorlegte Gutachten - hat recht, wenn er sagt, dass nur Mautsysteme

schnell und nachhaltig für eine bessere Umwelt sorgen.

Er hat recht, wenn er erklärt, dass dort nach dem Verursacherprinzip gerecht bezahlt wird und nicht diejenigen freie Fahrt haben, die sich nagelneue superteure Diesel-SUVs leisten können, die die Anforderungen der Blauen Plakette gerade so erfüllen, während die kleinen Handwerker mit ihren Diesel-Transportern in Köln draußen bleiben müssen.

Er hat recht, wenn er sagt, dass erst heute die Digitalisierung die Chance bietet, eine solche Utopie zumindest in Ansätzen umzusetzen.

Es ist jetzt auch in Deutschland und in Köln Zeit für eine Straßenrevolution. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel hat das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Es ist gut, dass die SPD den Versuch unternimmt, den Eindruck der Verantwortungslosigkeit, den sie beim Luftreinhalteplan hinterlassen hat, zu korrigieren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Für Regionen und Städte ist ein einheitliches Auftreten die Voraussetzung für Erfolg oder dafür, Schaden von sich abzuwenden.

Es war kein guter Tag, als Sie sich vor drei Wochen dem wiederholt verweigerten, meine Damen und Herren von der SPD.

Heute dann in einer Aktuellen Stunde der Öffentlichkeit zu erklären, was die Stadt alles nicht kann, ist sehr schlechtes Marketing für unsere Stadt und kein guter Stil.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Um den Menschen in unserer Stadt den Umstieg auf die Bahn zu erleichtern, bedarf es des Ausbaus der Infrastruktur.

Damit heute kein falsches Bild entsteht, ist es wichtig, das Geleistete hervorzuheben.

Um unsere Verkehrsprobleme zum Beispiel im Rechtsrheinischen, vor allem im Hotspot Mülheim, zu lösen, wurden Gespräche mit der Region geführt, deren Handlungsempfehlungen von uns einstimmig beschlossen wurden. Das war ein neuer, längst überfälliger Schritt. Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, für diese Initiative mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Unserer Dezernentin, Frau Blome, möchte ich für das sehr hohe Tempo danken, das sie geht, gerade beim Projekt Ost-West-Achse, das schon kurz nach Amtsantritt angemeldet wurde, aber auch für ihr Engagement in Mülheim-Süd für eine moderne Verkehrsinfrastruktur, unter anderem für ihren Einsatz für die von den Investoren gewünschte Straßenbahn.

Die Verwaltung und die KVB haben mit der Umsetzung der von uns geforderten Roadmap begonnen, die uns einen Überblick gibt, welche ÖPNV-Maßnahmen welchen Planungsstand haben.

Erst kürzlich haben wir die Busnetzerweiterung beschlossen. An dieser Stelle sei nochmals an die vielen von der KVB angeschafften E-Busse erinnert.

Wir stehen weiter vor großen Herausforderungen. In den nächsten Monaten entscheiden wir über die Variante der Ost-West-Achse und den Vorstand unseres Verkehrsunternehmens. Wir setzen uns für unseren Bahnknoten und den Ausbau der Terminals ein etc. pp.

Um unsere Ziele zu erreichen, benötigen wir neben Frau Blome weiteres Spitzenpersonal. Die Planfeststellungen müssen zügiger bearbeitet werden. Aber demnächst brauchen wir auch Planer. Wir werden viele Maßnahmen gleichzeitig bearbeiten müssen, um in den Genuss von vielen Fördermitteln zu kommen; denn das Geld wird jetzt bereitgestellt.

Wir brauchen keine Alleingänge in der Verkehrspolitik. Wir brauchen aber eine starke SPD.

Heute schlagen wir vor, die Impulse an die Verwaltung weiterzugeben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag für die Aktuelle Stunde gelesen habe, konnte ich die Redebeiträge schon erahnen. Es ist ganz witzig, dass von den Antragstellern hier doch zum Beispiel die Citymaut hervorgehoben wird, die in der SPD-Fraktion gar nicht so gut gelitten ist, glaube ich. Aber sei es drum! Es ist schön, dass Sie sich alle unter diesem Antrag zusammengefunden haben.

Sie suggerieren in diesem Antrag allerdings, dass im ÖPNV-Bereich kurzfristig gar nichts passieren würde. Das stimmt einfach nicht. Wir haben Ende letzten Jahres den Ausbau des Busangebots beschlossen. Jetzt bekommen wir neue Filtersysteme für unsere Euro-5-Busse, damit sie die Euro-6-Norm erfüllen. Im September dieses Jahres erfolgt die Busanbindung des Wasseramselwegs. Am Ende des Jahres kommt dann der Rest der Maßnahmen: Taktverdichtung auf der Unibuslinie, Anbindung des Sürther Felds und der Ford-Werke etc.

In diesem Antrag zu behaupten, dass nichts passieren würde, ist einfach falsch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der Ratsgruppe GUT)

Wer weiß, wie lange Stadtbahninfrastruktur benötigt, um fertig zu sein, weiß auch, dass wir kurzfristig nur auf Busse setzen können. Busse bekomme ich zwar auch nicht von der Stange, aber immer noch deutlich kurzfristiger als Stadtbahnfahrzeuge.

Auch bei den Stadtbahnfahrzeugen tun wir etwas. Ab 2022 werden wir unsere Flotte sukzessive erneuern und verbessern.

Was die Busse angeht, freue ich mich umso mehr darüber, dass wir im nächsten Verkehrsausschuss die Vorlage für die Busspur auf der Dürener Straße bekommen. Ich hoffe, dass dann noch weitere Vorlagen folgen, damit wir mit den Bussen auch entsprechend vorangehen können.

Außerdem tun Sie in Ihrem Antrag so, als sei der ÖPNV das einzige Mittel, um die Vorgaben des Luftreinhalteplans zu erfüllen - als ob einfach nur der E-Bus am Clevischen Ring dafür sorgen

könnte, dass die Menschen dort nicht weiter vergiftet werden.

Wir wissen aber doch, dass es ein Mix aus allen Maßnahmen sein muss, aus Push- und Pull-Faktoren, die dazu führen, dass sich die Mobilität in unserer Stadt ändert. Es geht nicht nur um den Clevischen Ring; es geht auch um eine komplette Mobilitätswende.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Ihre einzige Maßnahme oder Hauptmaßnahme dann eine Pfortnerampel an der Bergisch Gladbacher Straße ist, finde ich das ein bisschen mehr als dürftig.

Ich bin auch auf den morgen stattfindenden Termin gespannt, bei dem es um die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Leverkusen, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Köln geht, um den Verkehr im Rechtsrheinischen möglichst zusammen aus einer Hand zu gestalten - und nicht jeder für sich.

Nur weil Sie hier im Rat die Blaue Plakette ablehnen, müssen Sie jetzt aber der Gestaltungsmehrheit nicht vorwerfen - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir nicht! Immer bei der Wahrheit bleiben!)

- Ihr steht ja mit auf dem Antrag drauf. Deswegen war ich gerade auch ziemlich verwundert, dass hier alle durcheinander über den gleichen Antrag sprechen. Das ist aber auch egal.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir waren auf jeden Fall nicht dagegen!)

- Ja. - Es ist übrigens die geschäftsführende Bundesregierung, von der die SPD ja noch ein Teil ist, die gerade den Weg für Fahrverbote ebnet - nur nicht bundeseinheitlich mit einer Blauen Plakette, sondern so, dass die Verantwortung für Umsetzung und Kontrolle den Kommunen alleine auferlegt wird, sodass es zu einem kompletten Wildwuchs von Regelungen quer durch die Bundesrepublik kommen wird.

Als weitere Maßnahme wird aus Angst vor Brüssel dann nebenher noch der kostenlose Nahverkehr versprochen, testweise in fünf Kommunen. Sie wussten von ihrem Glück noch gar nichts. Vorgaben zur Umsetzung oder zur Finanzierung wurden sicherheitshalber erst gar nicht erwähnt. Sollen die Kommunen doch am besten selber schauen, wie sie es jetzt umgesetzt bekommen!

Mit einem solchen Vorgehen kann man sich innerhalb der Kommunen keine Freunde machen. Schließlich sagt man hier: Ihr macht das schon irgendwie, und dann kriegt ihr Geld, aber vielleicht auch nicht.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auch die Stadt Wien genannt. Dort hat man es mit einem Ticket für 1 Euro am Tag, also 365 Euro im Jahr, geschafft, die Attraktivität des ÖPNV so auszubauen, dass es in Wien inzwischen mehr Abo-Ticket-Inhaberinnen und -Inhaber als zugelassene Autos gibt.

Dieser Zuwachs hat dort aber auch nur deshalb funktioniert - es wurde schon gesagt -, weil die Kapazitäten parallel ausgebaut wurden und nicht nur die Ticketpreise gesenkt wurden.

Das dürfte auch der richtige Weg in Köln sein. Wir müssen erst für die Kapazitäten sorgen, und dann können wir gucken - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Fenske-Linie!)

- Das ist nicht die schlechteste Linie, würde ich sagen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor dem Hintergrund, dass bereits 70 Prozent der Kundinnen und Kunden der KVB mit einem Abo-Ticket unterwegs sind, scheinen wir mit diesem Ansatz ja auch relativ erfolgreich unterwegs zu sein.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen: Überraschenderweise geht die Verkehrswende auch nicht ohne das Fahrrad.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hey!)

- Das Fahrrad kommt bei euch ja wieder gar nicht vor. Es geht wieder nur um den ÖPNV, weil das anscheinend der kleinste gemeinsame Nenner war, den man über diesen Antrag finden könnte.

Die Infrastruktur für das Fahrrad ist nicht nur wesentlich schneller zu erstellen; sie ist auch wesentlich günstiger. Das sollten wir bei diesen ganzen Maßnahmen nicht vergessen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Daher möchte ich zum Schluss noch sagen: Lassen Sie uns alle ein bisschen mehr Wien wagen, was den ÖPNV angeht. Lassen Sie uns alle

ein bisschen mehr Kopenhagen wagen, was das Fahrradfahren angeht. Dann bekommen wir in Köln auch eine Mobilitätswende hin und schaffen eine lebenswerte und vor allen Dingen auch gesunde Stadt für alle hier. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich hatte mir zu der Aktuellen Stunde keine Rede aufgeschrieben, weil ich gedacht habe: Lass doch einmal hören, welche neuen Erkenntnisse da vorgetragen werden, auf die man vielleicht reagieren muss, wohin die Antragsteller denn eigentlich wollen.

Am Ende dieser Aktuellen Stunde muss ich aber feststellen, dass hier mehr ein „Herr Lehrer, ich weiß etwas; das Licht ist an“ herübergekommen ist. Das finde ich zu wenig.

Zunächst einmal muss ich insbesondere in Richtung der SPD Folgendes sagen: Wenn Sie hier mit dem Finger auf die Oberbürgermeisterin, auf die Stadtverwaltung und auf die Ratsmehrheit zeigen, dann zeigen die restlichen Finger auf Sie selber zurück. Denn Sie haben über Jahrzehnte in dieser Stadt Verantwortung getragen. Die Infrastruktur, die wir heute haben, trägt insbesondere Ihre Handschrift.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Sie haben auch nicht nur in dieser Stadt Verantwortung getragen. Wer war denn in den entscheidenden Jahren - eigentlich hätte man die Ost-West-Achse bzw. die Ost-West-U-Bahn ja schon in den 80er- oder 90er-Jahren bauen müssen - Landesverkehrsminister in Düsseldorf?

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Wohin sind die ganzen Gelder denn gewandert? Jeder Euro ist erst einmal ins Ruhrgebiet gegangen,

(Niklas Kienitz [CDU]: Hör! Hör!)

und Städte wie Köln, die nicht in dieses Zielgebiet der SPD gehörten, sind hinten heruntergefal-

len. Deswegen ist unsere Infrastruktur heute so, wie sie ist.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Daher ist es in der Tat richtig, wenn Andreas Pöttgen sagt, hier gebe es jahrzehntelangen Stillstand. Diesen Stillstand haben aber insbesondere Sie zu verantworten.

Herr Fenske hat bei unserer letzten Sitzung den Koalitionsvertrag auf Bundesebene gelobt, weil der Bund mehr Geld für den ÖPNV-Ausbau zur Verfügung stellen will. Einen ÖPNV-Ausbau brauchen wir in unserer Stadt auch dringend, ob wir kostenlose Tickets haben oder nicht.

Aus dieser Sicht kann man nur hoffen, Herr Fenske, dass der Koalitionsvertrag von den Genossinnen und Genossen auch beschlossen wird. Denn bei Facebook habe ich gesehen, wer von den Kölner SPD-Leuten alles Nein ankreuzt. Genau diesen Aspekt haben sie dabei außen vor gelassen. Daher ginge auch an dieser Stelle die Stadt Köln nachher leer aus.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist auch merkwürdig, dass Sie jetzt hier noch ein DIN-A4-Blatt verteilen lassen, auf dem steht, was Sie alles beschlossen haben wollen. Nach der Geschäftsordnung geht das eigentlich anders. Es ist nicht Sinn einer Aktuellen Stunde, hier mal schnell ein halbes Dutzend Maßnahmen hinterherzuschieben, die einem gerade noch eingefallen sind. So geht es aus meiner Sicht nicht.

Im Zusammenhang mit den Gesprächen, die jetzt in Bonn und auch mit Bonn geführt werden, habe ich heute im Radio gehört, was das denn kostet. Da wurde ein schöner Vergleich vorgenommen. Das ist ja immer ein bisschen plastischer. Es wurde gesagt, die Stadt Hamburg - mit Hamburg haben Sie ja auch ein bisschen etwas zu tun, glaube ich, Herr Fenske - habe ausgerechnet, dass es jährlich eine Elbphilharmonie koste, den ÖPNV in Hamburg kostenlos anzubieten, nämlich 800 Millionen Euro.

Das Beruhigende ist ja, dass Köln ein bisschen kleiner ist. Das heißt, dass wir das schon für eine Kölner Oper hinbekommen. Wir kriegen es in Köln vielleicht schon für 570 Millionen Euro im Jahr hin, meine Damen und Herren -

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

abgesehen davon, dass wir die Infrastruktur dafür gar nicht haben.

Das Einzige, was mir hier eine neue Erkenntnis gebracht hat, war Ihre Antwort auf die Nachfrage des Kollegen Unna, Herr Weisenstein. Das werde ich mir im Protokoll noch einmal genau anschauen. Sie haben ja gesagt, es gebe nur ein Wunschdenken, weniger Autos zu haben; in Wirklichkeit hätten wir mehr Autos.

Genau das ist auch richtig. Wir haben immer mehr Autos. Das wird aber ignoriert. Bei der Debatte über die Ost-West-Achse - das habe ich nämlich auch schon gesagt - legt man nur eine Modellrechnung zugrunde. Gerade haben Sie allerdings selber gesagt, dass wir uns an der Realität orientieren müssen und nicht nach Modellrechnungen gehen können.

Das gebe ich Ihnen auch für die Debatte mit, die wir in diesem ersten Halbjahr führen müssen, wenn es in Richtung Ost-West-Achse geht, meine Damen und Herren. Bitte orientieren Sie sich an den Realitäten und nicht an Modellrechnungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich vorwegschicken, dass mir nicht ganz klar ist, was die Motivation der Antragsteller ist, die Debatte von vor drei Wochen jetzt hier noch einmal zu wiederholen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben uns heute eigentlich aus anderen Gründen getroffen. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Greitemann auch noch einmal herzlich gratulieren.

Lassen Sie mich aber die Chance nutzen, dann auch noch einige Sachen dazu zu sagen und vor allem gleich im zweiten Teil noch einen Werbeblock einzuführen.

Liebe Antragsteller, in Ihrem Antrag schreiben Sie zur Begründung:

Dennoch gibt es mit Blick auf Aktivitäten der Stadt Köln weiterhin keine Fortschritte. Mit der Weitergabe von Maßnahmen an die Bezirksregierung als städtischem Beitrag zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans, die der Rat in seiner Sitzung am 06.02.2018 beschlossen hat, ist es bei Weitem nicht getan. Für die besonders betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner an den Hotspots der Schadstoffbelastung, für die Kölnerinnen und Kölner insgesamt ist damit unmittelbar nichts gewonnen. Tatsächlich wurde keine einzige Maßnahme zur kurzfristigen Umsetzung auf den Weg gebracht.

Das stimmt tatsächlich. In den drei Wochen seit der letzten Ratssitzung ist noch nicht viel passiert. Aber wen wundert's, zumal dann, wenn sich die Mehrheit auch noch gegen Fahrverbote ausspricht?

Bleiben wir am Clevischen Ring. Dort liegt tatsächlich einer der Hotspots, die Sie hier meinen. Der Sinn des Antrags hier ist doch, uns zu überlegen, was da tatsächlich kurzfristig hilft. Dann muss ich mich doch fragen, lieber Andreas Pöttgen: Was hilft denn da?

In der Resolution, die wir verabschieden sollen, heißt es, dass die Schnellbusverbindung, die du gerade vorgeschlagen hast, von Porz über Kalk und Mülheim nach Leverkusen entwickelt werden soll und dem Rat vorgelegt werden soll.

Nach kurzfristiger Hilfe klingt das nicht. Nach kurzfristiger Hilfe klingen für mich persönlich - und darüber werden wir morgen erneut sprechen müssen - die Fahrverbote.

Die Fahrverbote wiederum lehnt aber die SPD, zumindest hier im Kölner Rat, ab. Ebenfalls Andreas Pöttgen - ich zitiere dich, weil du der verkehrspolitische Sprecher bist - erklärte im *Ratsreport* der SPD vom 6. Februar 2018:

Wir sind empört, dass CDU und Grüne hier mal eben plötzlich ein Diesel-Fahrverbot beschließen.

Egal, ob wir das nun so beschlossen haben oder nicht: Das wäre eine kurzfristige Maßnahme, die an diesem Hotspot tatsächlich helfen würden. Dies wird aber andererseits auch abgelehnt.

Unter dem, was ihr in dieser ganzen Resolution etc. vorschlagt, ist keine einzige Maßnahme, die tatsächlich den Leuten vor Ort kurzfristig helfen

würde. Deshalb ist das alles aus meiner Perspektive etwas fadenscheinig.

Jetzt komme ich zum zweiten Teil, meinem Werbeblock. Lino Hammer hat gerade schon gesagt, was heute alles in der Diskussion fehlt. Die Antragsteller wollen hauptsächlich über den ÖPNV sprechen. Herr Fenske hat bei unserer letzten Ratssitzung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Verkehrswende und damit die Entlastung nur gelingen kann, wenn wir es schaffen, die Leute zum Umsteigen aus dem Auto in den ÖPNV zu bewegen. Lino Hammer hat selbstverständlich auch den Radverkehr erwähnt.

Ich komme jetzt noch kurz zum Fußverkehr. Das ist mein Werbeblock. Wir führen morgen eine Veranstaltung im Turistarama, Lupe 2, Mauritiussteinweg 102, zu Fuß- und Radverkehr in Köln durch und zeigen den sehr schönen Film „homo blech“ des leider viel zu früh verstorbenen Heinrich Pachtl.

Worum geht es in diesem Film? Heinrich Pachtl möchte aussteigen. Er steht im Dauerstau. Herr Sterck, auch er beklagt den Dauerstau in Köln. Er will aus dem Auto aussteigen und stellt erst einmal fest, dass er gar keinen Parkplatz findet. Dann bewegt er sich als Fußgänger durch Köln.

In diesem Film können Sie sehen, was ihm dort passiert. Darin sind einige wunderbare Beispiele enthalten. Die Situation an der Haltestelle Neusser Straße/Gürtel haben wir in den letzten 30 Jahren geheilt. Dort musste man nämlich zuerst in den Untergrund, um anschließend den Hochbahnbahnsteig zu erreichen. Es gibt aber noch ein paar andere Baustellen, die noch nicht erledigt sind.

Der Film dauert eine Dreiviertelstunde. Schauen Sie ihn sich morgen im Turistarama, Lupe 2, an. Es geht um 19 Uhr los. Anschließend sprechen wir über den Fußverkehr in Köln.

Auch das ist ein wichtiges Element, um die Leute zum Umsteigen zu bewegen. Kurze Wege müssen auch kurz zurückzulegen sein und nicht durch diverse Umleitungen in den Untergrund über Rampen etc. pp. verlängert werden.

Schauen Sie sich diesen Film an. Wir freuen uns auf Sie. Der Eintritt ist frei. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch ein Angebot, wenn es schon keinen kostenlosen Nahverkehr gibt!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Kostenlos, aber nicht umsonst. - Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann fasse ich die Situation noch einmal zusammen. Die SPD-Fraktion hat Beschlusspunkte zur Aktuellen Stunde vorgelegt. Sie dürften Ihnen jetzt auch umgedruckt vorliegen.

Nach unserer Geschäftsordnung dient die Aktuelle Stunde

dem vorläufigen

- dem vorläufigen -

Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zwischen den Mitgliedern des Rates und der Verwaltung zu einem aktuellen kommunalpolitischen Ereignis oder Problem.

Sie endet nach § 5 Abs. 10 Geschäftsordnung mit einem von drei möglichen Beschlüssen:

- a) dass die Sache erledigt ist oder
- b) dass die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen wird ... oder
- c) dass die Sache zur weiteren Behandlung an den zuständigen Fachausschuss überwiesen wird.

Nach meiner Einschätzung lassen sich die Beschlusspunkte, die Sie hier vorgelegt haben, nicht darunter fassen, weil sie einem Antrag entsprechen, da sie ganz konkrete Arbeitsaufträge an die Verwaltung enthalten. Und das ist eben nicht die Gestalt der Aktuellen Stunde.

Herr Michel hat eben in seinem Redebeitrag die Überweisung an die Verwaltung beantragt, also das, was ich eben als Punkt b zitiert habe. Dann sind die Beschlusspunkte nicht Gegenstand der Überweisung, aber die Sache und die Inhalte an sich. - Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. - Ich hatte den Kollegen Michel und ebenso die Geschäftsordnung in § 5 Abs. 10 Buchstabe b so verstanden, dass die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird - Klammer auf: z. B. Resolutionen; Klammer zu.

Insofern sehe ich überhaupt keine Bedenken, wie auch hier vorgeschlagen, diese Punkte mitzugeben, damit die Verwaltung sie ihrerseits bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigen kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen: Darüber steht aber „Beschluss“ und nicht „Resolution“!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte einen anderen Antrag stellen. Da ich den Eindruck habe, dass die Verwaltung und wir alle in diesen Fragen hinreichend sensibilisiert sind, schlage ich vor, dass wir nach Punkt a hier die Aussprache beenden und sagen, dass die Sache erledigt ist.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das ist wenigstens ehrlich!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hatte Ihnen meine Einschätzung mitgeteilt.

Jetzt lasse ich zunächst über das von Herrn Michel beantragte Verfahren der Überweisung an die Verwaltung abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD und pro Köln enthalten sich. Damit ist dieses Verfahren so angenommen, und der Antrag ist überwiesen.

(Martin Börschel [SPD]: Genau so! Danke schön!)

- Gut.

Dann komme ich zu:

3 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Kölner Anlegeplätze für Binnenschifffahrt auf dem Rhein“ AN/0278/2018

Diese Anfrage wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.



Ich bitte darum, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen, meine Damen und Herren.

(Schluss: 17.43 Uhr)